




Südafrika: Hunderte schwangere Frauen und Mädchen sterben einen vermeidbaren Tod

Südafrika: Hunderte schwangere Frauen und Mädchen sterben einen vermeidbaren Tod
Amnesty: Diskriminierung führt zu hoher Müttersterblichkeit unter armen Frauen
Hunderte schwangere Frauen und Mädchen sterben jährlich in Südafrika aufgrund unzureichender Geburtsvorsorge. Mehr als ein Viertel der Frauen könnte gerettet werden, allein wenn sie frühzeitige medizinische Vorsorge bekämen, stellt Amnesty in dem heute in Johannesburg veröffentlichten Bericht "Struggle for Maternal Health: Barriers to Antenatal Care in South Africa" fest.
Über 20 Jahre nach dem Ende der Apartheid unterscheiden sich die Lebensumstände in verschiedenen Regionen Südafrikas sehr stark. Auch die Versorgung für Schwangere ist in Südafrika extrem verschieden. Während in Western Cape durchschnittlich nur 8,7 Mütter bei 100.000 Geburten sterben, sind es in der Provinz Limpopo im Nordosten des Landes 177,9 Tote auf 100.000 Geburten. In vielen informellen Siedlungen fehlen nach wie vor Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, sodass in diesen Gegenden HIV-Infektionen wesentlich häufiger vorkommen als in den wohlhabenden städtischen Gebieten.
Wir begrüßen das Bekenntnis der südafrikanischen Regierung zum Kampf gegen Müttersterblichkeit und sehen die positiven politischen Schritte, die die Regierung in den vergangenen Jahren unternommen hat. Dennoch hat die Regierung ihr Versprechen nicht erfüllt, die Müttersterblichkeit um drei Viertel zu reduzieren. Für Frauen auf dem Land hat sich der Zugang zu Krankenhäusern in den vergangenen sechs Jahren überhaupt nicht verbessert", erklärt Franziska Ulm-Düsterhöft, Afrikaexpertin von Amnesty International.
Obwohl die Geburtsvorsorge in Südafrika kostenlos ist, wird sie in ärmeren Regionen nur selten wahrgenommen. Häufig gibt es nur eine Klinik, die viele Kilometer vom Wohnort der Schwangeren entfernt ist. Da sie sich den Transport nicht leisten können, müssen Schwangere zum Teil zehn Kilometer zu Fuß zurücklegen, um ins Krankenhaus zu gelangen.
Auch der Umgang mit HIV-Tests und die Stigmatisierung von HIV-positiven Menschen lässt viele Schwangere zögern, die vorgeburtliche Vorsorge in Anspruch zu nehmen. "Mädchen und Frauen berichteten uns, dass sie Angst hätten ins Krankenhaus zu gehen, weil die gezwungen würden, einen HIV-Test zu machen. Anschließend würden sie vom Personal öffentlich beschimpft und vorgeführt. Die Regierung muss dafür sorgen, dass bei der Gesundheitsvorsorge die Privatsphäre der Frauen respektiert wird und sie nicht zusätzlichem Leid ausgesetzt werden", fordert Franziska Ulm-Düsterhöft.
Der Amnesty-Bericht konzentriert sich auf die Situation in den Provinzen KwaZulu-Natal und Mpumalanga, in denen über 200 Mädchen und Frauen von Amnesty befragt wurden.
Für Interviewanfragen und weitere Informationen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle. Den vollständigen Bericht und weiteres englischsprachiges Material finden Sie hier.
Kontakt: AMNESTY INTERNATIONAL
Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.
Pressestelle
Zinnowitzer Straße 8
10115 Berlin
T: +49 30 420248-306
F: +49 30 420248-330
mailto: presse@amnesty.de


Pressekontakt

Amnesty International

10115 Berlin

Firmenkontakt

Amnesty International

10115 Berlin

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage